

Das GRÜNE in der Bürgerschaft

Aus der Stadtbürgerschaft vom 27. August 2013

Zur Übersicht und zu den Dokumenten: <http://gruenlink.de/lqd>

Bremen heißt Flüchtlinge willkommen!

Kriege, Gewalt, Unterdrückung und Vertreibung zwingen Millionen von Menschen zur Flucht. In ihrer Not lassen sie alles zurück, was ihr bisheriges Leben ausgemacht hat. Sie verlieren nicht nur Heimat und Besitz, sondern auch Angehörige und Freundinnen und Freunde. Ihre katastrophale Lage ist uns durch Medienberichte allgegenwärtig. Die Zahl der Flüchtlinge, vor allem aus Syrien, Afghanistan und Tschetschenien, wächst und wächst. Die meisten Menschen flüchten im eigenen Land oder in benachbarte Staaten, aber viele suchen Schutz und Sicherheit in Europa, in Deutschland und damit auch in Bremen.

Bremen steht vor dem Dilemma, kurzfristig viele Hundert Flüchtlinge aufzunehmen, aber nicht genügend Unterkünfte zu haben. Das im Winter 2013 beschlossene Konzept, Flüchtlingen so rasch wie möglich Wohnungen anzubieten, kann nicht so schnell umgesetzt werden. Daher müssen mehr Sammelunterkünfte für die vorübergehende Unterbringung bzw. auch Flächen für sogenannte Modulbauten gefunden werden. Hierbei erwachsen aus der Bevölkerung große Hilfsbereitschaft, aber auch Widerstände – viele überwinden geglaubte Vorurteile tauchen wieder auf. „Die Stadt Bremen bekennt sich zu ihrer Verantwortung zur Aufnahme von Flüchtlingen und wird sich in allen Bremer Stadtteilen dafür einsetzen, dass nach Bremen kommende Flüchtlinge willkommen geheißen und mit Wohlwollen aufgenommen werden.“ So heißt es in einem heute beschlossenen Antrag.



Die für Flüchtlingspolitik zuständige Abgeordnete Zahra Mohammadzadeh betonte in der Debatte, dass zur Unterbringung der Flüchtlinge alle möglichen zur Verfügung stehenden Objekte und Gebäude geprüft und kritisch bewertet werden müssen. Dabei dürfen keine Möglichkeiten ausgeschlossen werden, nur weil es irgendwem nicht passt, dass hier oder dort Flüchtlinge untergebracht werden. In der

gegenwärtigen Situation auf kleinen und kleinsten Unterkünften zu bestehen, wird zum Killerargument. Zwar werden Ängste in der Bevölkerung wahrgenommen, aber vor Rechtsextremisten darf nicht gekuschelt werden. Mohammadzadeh ging auf die Lage in den neunziger Jahren ein, als Flüchtlinge in Bunkern und umgebauten Kohleschiffen untergebracht wurden: 1992 mussten 4.400 Flüchtlinge aufgenommen werden, 1995 waren es 1.300, heute sind es bis Ende 2013 500 Menschen.



Der innenpolitische Sprecher Björn Fecker nahm in einem weiteren Debattenbeitrag die Rolle der CDU aufs Korn, die im Bremen-Norder Stadtteil Vegesack gemeinsam mit der FDP und der rechtspopulistischen Gruppe-

Was noch?

?



Fraktion
Bündnis 90/DIE GRÜNEN
in der
Bremischen Bürgerschaft

Schlachte 19/20 • 28195 Bremen

Tel.: 0421/3011-0
Fax: 3011-250

fraktion@gruene-bremen.de
www.gruene-fraktion-bremen.de

rung „Bürger in Wut“ für die Einberufung einer öffentlichen Beiratssitzung trommelte, wo es um eine Modulbau-Unterkunft auf der Fährer Flur ging. Im Verlauf dieser Beiratssitzung kam es dann zu teils volksverhetzenden Ausbrüchen aus dem Publikum. Das Ziel der CDU, so der Vorwurf, war ausschließlich die Verhinderung des Zuzugs von Flüchtlingen.

Fecker zitierte, was selten vorkommt, den Papst, der anlässlich eines Besuchs auf der Insel Lampedusa sagte „Unsere Wohlstandskultur führt dazu, dass wir nur an uns selbst denken, sie macht uns gefühllos dem Aufschrei der anderen gegenüber und lässt uns in schönen Seifenblasen leben.“ Und der Innenpolitiker stellte fest, dass die vor uns allen stehende Herausforderung nur gemeinsam gemeistert werden kann. Bilder, wie sie uns derzeit aus Berlin-Hellersdorf erreichen, machen Angst und lassen Erinnerungen an Orte wie Hoyerswerda oder Solingen wieder erwachen.

Müllabfuhr – privat oder städtisch?

Im Jahr 1998 wurden in Bremen die Müllentsorgung und Straßenreinigung weitgehend an private Unternehmen übertragen: Nehlsen GmbH, Bremer Recycling GmbH, Entsorgung Nord GmbH, Kompostierung Nord GmbH und swb-Entsorgung. Die Verträge mit den Firmen haben eine Laufzeit von zwanzig Jahren, deshalb ist es jetzt an der Zeit zu überlegen, wie die Abfallentsorgung und Straßenreinigung ab 2018 gestaltet werden soll. Mit einem heute beschlossenen Antrag wird der Senat aufgefordert, Zukunftsszenarien zu erarbeiten, die unter anderem auch eine Rückführung der Aufgaben in städtische Regie beinhalten sollen.

Bevor die Frage einer „Rekommunalisierung“ beantwortet werden kann, so die Umweltpolitikerin Maike Schaefer, müssen die Chancen und Risiken genau geprüft und bewertet werden. Dabei stehen sowohl die Interessen der MitarbeiterInnen als auch die der Kommune, der Steuer- und GebührenzahlerInnen im Fokus. Fakt ist, dass Bremen das Tafelsilber samt Schatulle damals verkauft hat, d.h. nicht nur die MitarbeiterInnen wurden in die ENO überführt, sondern die ganze Infrastruktur wurde verhökert. Bremen besitzt kein einziges Müllauto, keine einzige Mülltonne und auch keine eigene Müllverbrennungsanlage. Die Fragen stellen sich also, wie viel Geld Bremen in die Hand nehmen muss, um eine eigene Abfallentsorgung wieder aufzubauen, ob Bremen sich das leisten kann und ob sich das lohnt.



Fraktion
Bündnis 90/DIE GRÜNEN
in der
Bremischen Bürgerschaft

Schlachte 19/20 • 28195 Bremen

Tel.: 0421/3011-0
Fax: 3011-250

fraktion@gruene-bremen.de
www.gruene-fraktion-bremen.de